

AKTUELL

HOCHSCHULPOLITIK

Die einzige Ressource

David Angel

Claude Meisch und Marc Hansen sind auf die großen Dossiers der vergangenen und der kommenden Monate zurückgekommen - vor allem aber wollen sie das Dossier Studienbeihilfen aus dem Fokus rücken.

Die Welt besteht nicht nur aus Studienbeihilfen - das gleich zu Beginn klarzumachen, war ersichtlich ein Anliegen des Hochschulministers Claude Meisch bei einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit Staatssekretär Marc Hansen. „Es wurde viel über ein Gesetzesprojekt debattiert, dabei wurde in diesem Ministerium noch so manches mehr geleistet“, leitete er seinen Vortrag ein. Und fuhr fort: „Es ist überragend, was hierzulande im Hochschulbereich passiert“. Mit einer Reihe von Zahlen suchte er das zu belegen: 563 Millionen Euro werde die Universität Luxemburg für die Jahre 2014 bis 2017 erhalten, 289 Millionen die Forschungsinstitute und 232 Millionen der „Fonds national de la recherche“. 140 Millionen für die Uni seien das im Jahr, 30 mehr als bisher. „Die Universität bleibt, genau wie die Forschung, eine der großen Prioritäten dieser Regierung“. Solange sie rentabel sind: „Forschung sollte sich wirtschaftlich auszahlen“ belehrte Staatssekretär Marc Hansen die Zuhörerschaft. „Forschung um der Forschung willen reicht nicht aus.“ Alle Akteure sollten enger zusammenarbeiten, um mögliche Überschneidungen und damit unnötige Ausgaben zu vermeiden. In diesem Sinne werden die Forschungszentren „Henri Tudor“ und „Gabriel Lippmann“ wie vorgesehen bis Ende des Jahres fusionieren. Bis Ende 2015 soll außerdem ein Strategiepapier ausgearbeitet werden, in dem die Aufgabenbereiche der einzelnen Zentren festgelegt sind. Ende dieses Jahres wiederum werden die ersten „Assises de la recherche“ stattfinden.

Nachdem 2006 ein „Luxembourg's Innovation Policy“ betitelter OECD-Bericht zur Luxemburger Forschungslandschaft vor allem organisatorische Schwächen aufgezeigt hatte, scheint deren Behebung nun oberste Priorität zu haben. Kein Wunder, sollen doch Anfang 2015 erste Ergebnisse einer erneuten OECD-Studie zum Thema veröffentlicht werden. Das Lëtzebuerger Land betonte 2006, den Autoren des Berichts sei es weniger darum gegangen, herauszufinden, „wie etwa die neu gegründete Uni Luxemburg zu wissenschaftlicher Exzellenz geführt werden

kann“, als darum, das „Zusammenwirken der öffentlichen Forschungszentren und der Uni mit den heimischen Betrieben“ und die „Steuerung dieser Kooperation“ zu verbessern. Die Kritik der OECD an organisatorischen Mängeln sei, zumindest teilweise, in das neue Gesetz zum „Fond national de recherche“ eingeflossen. Übrigens eines der ersten Gesetze, in denen für eine Institution eine verbindliche Frauenquote von 40 Prozent festgesetzt wurde.

Einige Altlasten

„Der Umzug der Uni nach Belval wird, wenn nichts dazwischenkommt, im Herbst 2015 stattfinden“ erklärte Marc Hansen. Das, nachdem das Finanzierungsgesetz über 140 Millionen Euro für Inneneinrichtung und technische Installationen Anfang des Monats verabschiedet wurde - eine Entscheidung, die vom vorherigen Hochschulministerium versäumt worden war (woxx 1275). Laut Meisch und Hansen nicht die einzige Altlast, die geblieben ist: Auch für die Finanzierung des seit 2012 bestehenden Max-Planck-Instituts für internationales, europäisches und regulatorisches Verfahrensrecht muss ein Gesetz erlassen werden. „Es gab Konventionen ohne legale Basis und ohne zeitliche Begrenzung“ erläuterte Hansen.

Zum Schluss konnte der Minister es sich nicht verkneifen: „Die Reform der Studienbeihilfen hatte den Anspruch, jedem das Studium seiner Wahl zu ermöglichen und gleichzeitig sozial selektiv zu sein“, so Claude Meisch. Er kündigte an, das Personal des für die Vergabe der Studienbeihilfen zuständigen Cedies um „viereinhalb“ Personen aufzustocken. So hoffe er, dem vermehrten Aufwand, den die Reform nötig mache, gerecht zu werden. Ein „permanentes Monitoring“ der Lebensbedingungen von Studierenden soll in Zusammenarbeit „mit allen Akteuren, die das wünschen“ durchgeführt werden. Außerdem fasst der Hochschulminister die Gründung einer „repräsentativen Studentenvertretung“, ähnlich der „Conférence nationale des élèves“ im Sekundarschulbereich, ins Auge. Und zwar, um den so oft gelobten „konstruktiven Dialog“ zu ermöglichen.

„Luxemburg ist ein Land, das nicht mehr viele Ressourcen besitzt“, philosophierte Marc Hansen am Ende der Pressekonzferenz. „Die einzige Ressource, die uns bleibt, ist die ‚matière grise‘, die wir haben.“

SHORT NEWS

Sexe, drogues et PIB

(ft) - Le nouveau système européen des comptes nationaux et régionaux, dit SEC 2010, a récemment fait couler beaucoup d'encre : le gouvernement italien a annoncé en mai son intention de l'appliquer à la lettre et d'inclure les activités illégales, comme le trafic de stupéfiants et la prostitution, dans son calcul du produit intérieur brut (PIB). Un moyen comme un autre de retrouver furtivement quelques points de cette drogue dure qu'on nomme croissance. Le Luxembourg s'apprête à rectifier ses statistiques économiques de la même manière, comme le révèle une récente étude du Statec, qui chiffre également l'impact de l'économie illégale. La contrebande d'alcool ou de tabac étant apparemment négligeable au grand-duché, seuls le trafic de drogues et la prostitution ont été comptabilisés ; ils représenteraient environ 0,23 % du PIB - une contribution « comprise entre celles de la branche 'agriculture, sylviculture et pêche' (0,30 %) et 'coiffure' (0,21 %) ». Le langage clinique affiché dans la note - « Selon la méthodologie européenne, seuls les ménages consomment des services de prostitution et ce type de service ne fait pas partie des consommations intermédiaires des entreprises » - se veut certainement le reflet d'une absence de jugement moral. Mais le calcul du PIB est toujours entaché de multiples choix moraux (pourquoi ne pas y refléter les soins familiaux ou le travail domestique, par exemple). Et l'évasion fiscale des plus riches, qui pénalise leur pays de résidence, y est toujours bien ancrée.

Deutsche Grüne für „Voyeurismus“

(lm) - Sollen Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte auf Euro und Cent veröffentlichen? Das jedenfalls möchte die Grünen-Abgeordnete Britta Haßelmann durchsetzen, anstelle der jetzt angewandten Offenlegung in groben Stufen. „Das würde maximale Transparenz schaffen“, so die erste parlamentarische Geschäftsführerin als Reaktion auf die Veröffentlichung einer Nebeneinkünfte-Hitparade auf www.abgeordnetenwatch.de. Insbesondere bei Einkommen oberhalb der höchsten Stufe - ab 250.000 Euro - lässt das jetzige Modell keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Höhe des Nebenverdienstes zu. Außerdem bleiben die Auftraggeber der Nebentätigkeiten von Freiberuflern völlig im Dunkeln. Haßelmann schlägt vor, zumindest die Angabe der Branche vorzuschreiben, um so Interessenkonflikten vorzubeugen. Einen diesbezüglichen Antrag hatten Grüne und SPD 2012 gemeinsam vorgelegt. In Luxemburg, wo ein ähnliches Modell angewendet wird, vertreten die beiden Schwesterparteien das exakte Gegenteil: Der Vorsitzende der Justizkommission Alex Bodry (LSAP) sorgte sich darum, dass eine präzisere Offenlegung - wie von „Déi Lénk“ gefordert - zu „Voyeurismus“ führen könnte. Und Justizminister Felix Braz gab zu Protokoll, totale Transparenz sei nichts Positives - sie könne auch ein „totalitäres Konzept“ sein.

Radars espions : les pirates sont contre

(lc) - Quand ils ne sont pas en train de s'égayer dans leurs concepts (anti-)sociaux, les pirates luxembourgeois peuvent très bien servir d'avertisseurs. En effet, aucun autre parti n'avait remarqué le petit détail du communiqué gouvernemental du 25 juillet portant sur l'« adoption du projet de loi portant création du système de contrôle et de sanction automatisé » - qui règle l'installation de systèmes de radars automatiques dans tout le pays. Le gouvernement prévoit d'établir trois types de radars : les radars fixes, les radars mobiles et un « système d'appareils dit 'de parcours' qui mesure la vitesse moyenne sur une distance donnée ». C'est ce troisième type - dit aussi « section control » - qui déränge les flibustiers, car il enregistre toutes les plaques des automobilistes qui passent, qu'ils soient en infraction ou non. Il s'agit donc d'un enregistrement de données personnelles sans motif valable, ni autorisation. Une pratique que les Verts en particulier avaient combattue quand ils se trouvaient encore sur les bancs de l'opposition. Mais, avec de confortables fauteuils gouvernementaux, ces principes se diluent apparemment très vite dans la realpolitik.